

Die Fachzeitschrift rund ums Pflegekind und Adoptivkind

27. Jahrgang

paten

Ausgabe 4/2010

Thema: FASD und Behinderung in der Jugendhilfe



Was uns auffiel...



Im Jahr 2009 hatten bundesweit rund 3% aller jungen Menschen unter 21 Jahren eine erzieherische Hilfe neu in Anspruch genommen, teilte das Statistische Bundesamt am 7.10.2010 in einer Pressemitteilung mit. Für etwa 0,3% der Kinder und Jugendlichen mussten stationäre Hilfen ergriffen werden – hauptsächlich wegen drohender Gefährdung des Kindeswohls oder wegen dissozialem Verhalten des jungen Menschen. Bei den stationären Hilfen (Heimerziehung und Vollzeitpflege) wurden knapp 3.000 Hilfen mehr als im Vorjahr (2008) angefangen. Die Veränderung bei der Heimerziehung beträgt + 6% (34.125 neu begonnene Hilfen), bei der Vollzeitpflege + 4,3% (15.048 neu begonnene Hilfen).

Die Wahrscheinlichkeit, Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses in Anspruch nehmen zu müssen ist insgesamt eher als gering zu bewerten: lediglich etwa drei von 1000 Kindern wurden im Jahr 2009 von ihren Eltern getrennt. Dann aber ist es Aufgabe der Jugendämter, für diese Kinder Verantwortung zu übernehmen, ihnen ein alternatives Zuhause und Erziehung zu bieten sowie Hilfen für die Persönlichkeitsentwicklung angemessen zur Verfügung zu stellen. Finanziert werden diese Hilfen aus den Kassen der Kommunen, die zunehmend reklamieren Aufgaben erfüllen zu müssen, für die sie kein Geld haben. Vielerorts werden die Debatten von Menschen geführt, die fachlich auch gar nicht dafür qualifiziert sind, nicht selten ohne die zu erwartende Ehrlichkeit und dominiert von Menschen in den Finanzausschüssen.

Die regionale Tageszeitung *shz* titelte am 1.10.2010 „Jugendhilfe: Kosten im Galopp“ und teilte dem interessierten Leser mit, dass der Fachbereichsleiter einer größeren Stadt 400.000 Euro zusätzlich für Erziehungshilfe benötige, um sogenannten Problemfamilien zu helfen. Der Haushalt (Jugendhilfe) für das Jahr 2010 wird kurz vor Jahresende auf 14,7 Millionen Euro geschätzt, im Jahr davor waren es noch 13,4 Millionen, im Jahr 2008 etwa 12,1 Millionen. Als Ursache nennt der Fachbereichsleiter, dass immer häufiger Kinder aus Familien genommen werden müssen, immer mehr Familien in Not geraten. Die Zahl

der fremduntergebrachten Kinder ist in dem besagten Zeitraum von 290 auf 350 gestiegen. Soweit ist alles verständlich: Wenn es häufiger brennt, muss die Feuerwehr eben öfter ausrücken. Die bundesweiten Kostensteigerungen in den Kommunen lassen sich im Sektor der Jugendhilfe also erklären und sind nachvollziehbar.

Kein Kind kommt heutzutage vorschnell oder leichtfertig in ein Heim oder zu Pflegeeltern. Aber die Familien, welche in extreme Not geraten, werden entweder mehr oder rücken öfter ins Visier der Jugendbehörden. Diese Frage ist nun schon schwieriger zu beantworten, aber in der hier genannten Stadt ist es scheinbar klar. Der Fachdienstleiter sagt, es gibt jedes Jahr mehr „frische“ Fälle. In 2008 waren es 153, in 2009 bereits 207 und nun sind es schon 220. Moment mal: Ein Arzt, der jedes Jahr mehr neue Patienten mit Knochenbrüchen behandeln muss, würde natürlich erwähnen, nach welcher Zeit und mit welchem Erfolg die Behandlung abgeschlossen werden kann, oder aber, wenn es sich um eine chronische Krankheit wie Diabetes handelt, welche „Dauermaßnahmen“ getroffen werden müssen. Genau diese Diskussion wird dann aber nicht mehr vor der Leserschaft einer Tageszeitung geführt.

Wie so oft, lassen sich Unschärfen in Jugendhilfedebatten aber auch noch steigern. Der Kollege aus dem ländlichen Nachbarkreis hat die gleichen Probleme. Sein Haushalt ist von 4,45 Millionen Euro im Jahr 2001 auf nunmehr 8,15 Millionen geklettert. Hier ist auch nach seiner Auffassung die Heimerziehung der „Kostenkiller“. Die Zahl der Heimkinder ist in dem Zeitraum von 134 auf 192 gestiegen. Was dagegen getan werden kann, bleibt aber diffus und dass in diesem Kreis zwischenzeitlich der Pflegekinderdienst aufgelöst wurde, wird verschwiegen, denn für die Kostensteigerung gibt es eine einfachere Erklärung: Der Fachdienstleiter meint, das läge an neuen Gesetzen, „... die den Staat beim Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung stärker in die Pflicht nehmen“. Nicht größere Not, sondern die Tatsache, dass jene vermehrt ins Visier der Jugendbehörde gerät ist die Argumentation, eine wahre Nebelbombe, mit der die Sicht

auf das Wesentliche verschleiert werden soll, nämlich Kinder in Not und konzeptionelle Strategien der Abhilfe. Eine kostengünstige Alternative zur Heimerziehung – die Pflegefamilie – könnte durchaus für das eine oder andere Heimkind eine Chance auf eine gelingende Sozialisation sein und dem Jugendamt helfen, seine Kostensteigerungen in den Griff zu bekommen. Man müsste eben daran fachlich kompetent arbeiten und den Pflegekinderdienst stärken.

Unser Feuerwehrhauptmeister kann solchen Argumentationen jedenfalls nicht folgen und schüttelt verständnislos mit dem Kopf: Dass Gesetze, welche die Feuerwehr zum Ausrücken bei einer Meldung eines Brandes verpflichten, Ursache für Kostensteigerungen bei der Feuerwehr sein könnten ist ihm völlig fremd. Wenn es brennt, muss er löschen, das ist sein Job. Lebensweltfremde und allen Realitätssinn entbehrende Diskussionen gibt es vermutlich nur in der Jugendhilfe. Zuletzt: Besagter Fachdienstleiter ist promovierter Sozialwissenschaftler und bestimmt nicht der Einzige, der mit den Aufgaben in der Jugendhilfe überfordert ist.

Christoph Malter und Birgit Nabert

Kontakt: was-uns-auffiel@agsp.de